

N i e d e r s c h r i f t HFA/IX/14

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 13.02.2019 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Vorsitzende

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Kreutzfeldt, Klaus-Peter Fraktionsvorsitzender SPD

Lembeck, Guido

Mensing, Hartwig

Fraktionsvorsitzender WIR

Rahsing, Ewald

Schubert, Franz

Schulze Baek, Franz-Josef

Sölller, Hubertus

ab 22.15 Uhr abwesend

Steindorf, Ralf

Fraktionsvorsitzender CDU

Weber, Winfried

Fraktionsvorsitzender

B'90/Die Grünen

Vertretung für Herrn Hermann Reints

Beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Förster, Richard

Von der Verwaltung

Roters, Dorothea

Allgemeine Vertreterin

Nürnberg, Anna

Kämmerin

Kortüm, Herbert

Stabsstelle

Croner, Wolfgang

Fachbereichsleiter

Wolters, Sebastian

IT-Manager

Heitz, Marco

Schriftführer

Als Gast zu TOP 5 ö.S.

Reimers, Axel

Jobcoach

Es fehlen entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Reints, Hermann

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:16 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Gottheil begrüßt die Ausschussmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Frau Reher von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 04. Februar 2019 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

I Öffentliche Sitzung

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

1.1 Umgestaltung des Naturdenkmal "Holtwicker Ei" in Holtwick - versch. Bürger

Herr Johannes Uesbeck teilt mit, dass die Anlieger des Naturdenkmalstandortes „Holtwicker Ei“ über die Baumfällaktion und weitere Maßnahmen nicht rechtzeitig informiert worden seien und möchte wissen, wann die Anlieger über die Maßnahme in Kenntnis gesetzt würden.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die Maßnahmen zu der Umgestaltung des Naturdenkmals „Holtwicker Ei“ in Holtwick im Rahmen des Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzeptes (IKEK) für die Gemeinde Rosendahl durch Ratsbeschluss vom 05.10.2017 beschlossen worden seien. Nach diversen Gesprächen mit Vertretern des Vorstands der Nachbarschaft „Eihook“ sowie einigen Anliegern sei zuletzt in einem Ortstermin Mitte Januar 2019 über das LEADER-Projekt, für welches entsprechende Fördermittel beantragt worden seien, gesprochen worden. Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass auch eine Landschaftsplanerin in das Projekt involviert sei und diese die Planungen vorgestellt habe. Auch der Eigentümer des Areals sei beim Ortstermin anwesend gewesen. Es sei wiederholt mit Vertretern des Vorstands der Nachbarschaft „Eihook“ Rücksprache gehalten worden, so Bürgermeister Gottheil. Entsprechend sei verwaltungsseitig davon ausgegangen worden, dass die erlangten Informationen zu dem Projekt durch den Vorstand an die Anlieger weitergegeben werden. So sei das Projekt beispielsweise auch auf der Nachbarschaftsversammlung im Herbst 2018 vorgestellt worden. Auch mit dem Eigentümer der Liegenschaft „Holtwicker Ei“, Graf Droste zu Vischering Erbdroste, sei über die Maßnahmen und auch die Baumfällungen Übereinkunft erzielt worden, so Bürgermeister Gottheil. Da Holzfällarbeiten aufgrund gesetzlicher Vorgaben nur bis zu dem 28. Februar vorgenommen werden dürfen, seien einige zum Teil auch kranke Bäume nunmehr gefällt worden, so Bürgermeister Gottheil.

Herr Jonathan Meibes möchte wissen, welchen ökonomischen Wert die Maßnahme habe, wenn einerseits Bäume gefällt und neue Bäume angepflanzt werden sollen. Auch möchte er wissen, wie der finanzielle Aspekt der Maßnahme sei.

Bürgermeister Gottheil führt zu der Baumfällaktion aus, dass mit der Landschaftsplanerin über die Beständigkeit der Bäume bei dieser Maßnahme geschaut worden sei. Um eine Aufwertung des Naturdenkmals und die Attraktivität zu steigern, sei die komplette Fläche betrachtet worden. Hierbei sei festgestellt worden, dass verschiedene Bäume beträchtliche größenmäßige Ausmaße erreicht hätten. Er ergänzt, dass Bäume mit der Prämisse, dass Neuanpflanzungen vorgenommen werden, gefällt worden seien. Zu den Kosten teilt Bürgermeister Gottheil mit, dass die Maßnahme zu 2/3 der Gesamtkosten über LEADER gefördert werde und die Gemeinde Rosendahl somit nur 1/3 der Gesamtkosten zu tragen habe.

Herr Uesbeck möchte wissen, wie Anlieger, welche nicht der Nachbarschaft angehören, über die Maßnahme informiert werden sollen.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass insgesamt verschiedene Vertreter bei dem Ortstermin vor Ort gewesen seien. Nach Vorlage des Förderbescheides solle die Öffentlichkeit und damit auch die ggf. noch nicht beteiligten Anlieger nochmals über die Maßnahme informiert werden, so Bürgermeister Gottheil. Er bestätigt, dass es wohl der bessere Weg gewesen wäre, direkt alle Anlieger über die Maßnahme zu informieren. Leider sei man, er selbst eingeschlossen, von einem anderen Informationsfluss ausgegangen.

Herr Meibes möchte wissen, warum der Maßnahmenplan nicht in der örtlichen Presse bzw. auf der Homepage der Gemeinde Rosendahl veröffentlicht worden sei. Er habe keine Möglichkeit gehabt, sich über die Maßnahme zu informieren, so Herr Meibes. Nach seiner Kenntnis sei auch die Allgemeine Zeitung als örtliche Presse, Herr Wittenberg, nicht über die Maßnahme informiert.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass mit der Zeit verschiedene Planvarianten ausgearbeitet und auf Basis der dritten Planvariante entsprechende Fördermittel beantragt worden seien. Erst bei Vorliegen eines entsprechenden Förderbescheides solle auch die örtliche Presse und die Öffentlichkeit erneut über die Maßnahme informiert werden, so Bürgermeister Gottheil.

Herr Holger Heitz möchte wissen, welchen ökologischen Sinn die Baumfällung habe.

Bürgermeister Gottheil führt erneut aus, dass die Baumfällung in Absprache mit der Landschaftsplanerin und dem Eigentümer der Fläche abgesprochen und entsprechend auch schon umgesetzt worden sei.

Herr Benjamin Sommer betont, dass sie nicht über die Maßnahme informiert worden seien und möchte wissen, ob die Maßnahme auch dann umgesetzt werden solle, wenn keine Förderung der Maßnahme erfolge.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass eine Förderung der Maßnahme nach den vorab geführten Einplanungsgesprächen sehr wahrscheinlich sei. Zu der Beantragung von Fördermitteln sei die Gemeinde Rosendahl durch das Regionalmanagement beraten worden. Die Maßnahme sei zusammen mit dem regionalen Arbeitskreis und der Bezirksregierung Münster besprochen worden, so Bürgermeister Gottheil. Da die Gemeinde Rosendahl der LEADER-Region mit 5 weiteren Kommunen angehöre, sei ein einstimmiger positiver Umlaufbeschluss hierzu durch die Lokale Arbeitsgruppe gefasst worden. Nur bei Vorliegen eines Förderbescheides solle die Maßnahme in der jetzt geplanten Form auch umgesetzt werden, so Bürgermeister Gottheil. Da die Baumfällung kein Bestandteil einer eventuellen Förderung sei, sei sie bereits vor Erhalt einer Förderzusage vorgenommen worden.

Herr Uesbeck teilt mit, dass eine Sitzgruppe mit einer entsprechenden Beschattung gewünscht werde und deshalb könne er die Fällungen nicht verstehen.

Bürgermeister Gottheil bestätigt, dass weiterhin eine Sitzgruppenanlegung gegeben sei.

Herr Meibes möchte wissen, warum eine Sitzgruppe nicht mittig in der Anlage angelegt werde.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass zu der Planung noch moderate Änderungen vorgenommen werden könnten. Allerdings seien unumstößliche Dinge, z.B. die Barrierefreiheit durch eine entsprechende Rampe, nicht mehr diskutabel so Bürgermeister Gottheil. Der Standort der Sitzgelegenheit sei aktuell noch nicht festgelegt worden und könne ggf. noch vom aktuellen Planungsstand abweichen.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 Gescho

2.1 Umgestaltung des Naturdenkmal "Holtwicker Ei" in Holtwick - Herr Weber

Fraktionsvorsitzender Weber bestätigt, dass auch er in die Maßnahme eingebunden sei und es eine Ortsbegehungen gegeben habe. Hierzu seien auch die Bürger eingeladen gewesen, wovon aber kaum Gebrauch gemacht worden sei. Der Naturdenkmalstandort solle auf jeden Fall eine Sitzgruppe haben, damit u.a. Fahrradgruppen eine Anlaufstelle haben, so Herr Weber. Er vertritt die Meinung, dass die Thematik „Sitzgruppe“ nochmals besprochen und erörtert und die Öffentlichkeit entsprechend informiert werden solle.

Bürgermeister Gottheil führt nochmals aus, dass nach Vorliegen eines entsprechenden Förderbescheides eine entsprechende Berichterstattung mit einer möglichst breiten Öffentlichkeit vorgenommen werde. Er könne nicht nachvollziehen, dass die Maßnahme solche Wogen geschlagen habe, da seines Wissens die Anlage „Holtwicker Ei“ auch durch Holtwicker Bürger kaum frequentiert werde und es den Anschein habe, dass zumindest teilweise auch Zwistigkeiten zwischen den Anliegern zu Lasten der Gemeinde ausgetragen würden. Er ergänzt, dass Anlieger, welche jetzt ihren Unmut ausdrücken, der Maßnahme dennoch grundsätzlich zugestimmt hätten.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeine Vertreterin Roters berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss vom 11. Oktober 2018.

Der Bericht wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 Gescho

Bürgermeister Gottheil fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11. Oktober 2018 gebe.

Da dieses nicht der Fall ist, fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses HFA/IX/13 vom 11. Oktober 2018 wird hiermit formal genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5 Sachstandsbericht von Herrn Axel Reimers, Jobcoach in der Flüchtlingshilfe

Bürgermeister Gottheil begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Axel Reimers vom Havixbecker Modell, Träger der LEADER-Maßnahme „Jobcoach in der Flüchtlingshilfe“. Herr Reimers stellt sich und seine Aufgaben vor und berichtet über seine Arbeit als Jobcoach in der Flüchtlingshilfe für und in der Gemeinde Rosendahl. Der Bericht liegt der Niederschrift als **Anlage I** bei.

Ausschussmitglied Rahsing möchte wissen, wie viele Kontakte zu Arbeitgebern erfolgreich gewesen sein.

Herr Reimers führt aus, dass er bisher über 20 Kontakte zu Arbeitgebern gehabt habe und sich daraus drei Festanstellungen von Flüchtlingen ergeben hätten.

Fraktionsvorsitzender Mensing möchte wissen, ob die Praktika in den Betrieben abgehalten werden und ob die Festanstellungen bei Rosendahler Gewerbetreibenden erfolgt seien. Auch möchte er wissen, ob Bedarfe bei den Rosendahler Gewerbetreibenden abgefragt werden und wie viele Rosendahler Unternehmen involviert seien.

Herr Reimers bestätigt, dass die Praktika in den gemeindlichen Betrieben absolviert würden. Die Festanstellungen der Flüchtlinge seien nicht nur in Rosendahl erfolgt, so Herr Reimers. Er verdeutlicht, dass von Einzelfall zu Einzelfall bezüglich der Beschäftigung eines Flüchtlings die Situation abgeglichen werden müsse. Den Arbeitgebern sei bekannt, dass Flüchtlinge auf der Suche nach einem Beschäftigungsverhältnis seien.

Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass in zwei Fällen die Mobilität der Flüchtlinge zur Erreichung der Arbeitsstelle durch Anschaffung gebrauchter Pedelecs verbessert wurde, damit eine Arbeitsaufnahme erfolgen konnte.

Ausschussmitglied Schubert möchte wissen, auf welcher Basis Ehrenamtliche bei der „Arbeitsaufnahme durch Flüchtlinge“ aktiv seien.

Fachbereichsleiter Croner führt aus, dass die Ehrenamtlichen die Bedarfe in den einzelnen Flüchtlingsfamilien nach Beschäftigung abfragen. Anschließend werde versucht, die Bedarfe über das Fallmanagement im Jobcenter der Gemeinde Rosendahl und Herrn Reimers zu vermitteln.

Fraktionsvorsitzender Weber möchte wissen, welches Lohnniveau für die Flüchtlinge zur Anwendung komme und ob die Arbeitgeber Lohnzuschüsse erhalten können und die Praktika kostenlos durchgeführt werden. Auch möchte er wissen, ob es erkennbar sei, dass bei Beendigung der Zuschusszahlungen die eine Beschäftigung eines Flüchtlings nicht mehr erfolge und aufgegeben werde.

Herr Reimers teilt mit, dass in der Regel nach gültigem Tarifvertrag bezahlt werde. Der Mindestlohn werde nach seinem Kenntnisstand immer eingehalten.

Fachbereichsleiter Croner ergänzt, dass an die Arbeitgeber für eine begrenzte Zeit auch Lohnkostenzuschüsse gezahlt werden können und sich das Lohnniveau über dem Mindestlohn bewege. Vielfach werden die Lohnkostenzuschüsse nicht in Anspruch genommen, so Herr Croner, da der Wunsch nach einer Arbeitskraft vorhanden sei.

Ausschussmitglied Schubert geht auf die vorhandenen Sprachbarrieren ein und möchte wissen, ob die Arbeitswilligen weiterhin in der deutschen Sprache geschult werden.

Herr Reimers führt aus, dass eine Vermittlung vornehmlich nur vorgenommen werde, wenn ein entsprechender Deutschkurs absolviert worden sei und ergänzt, dass es weiterhin Probleme mit der Sprachentwicklung gebe. Eine Forderung der Arbeitgeber sei, dass die Arbeitswilligen die deutsche Sprache beherrschen und eine entsprechende Kommunikation möglich sei, so Herr Reimers.

Fachbereichsleiter Croner ergänzt, dass die Deutschkurse durch das Jobcenter, auch zur Vertiefung der deutschen Sprache, angeboten werden.

Ausschussmitglied Schulze Baek möchte wissen, wie viele Flüchtlinge in Rosendahl dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Fachbereichsleiter Croner teilt mit, dass 25 Flüchtlinge sich in einer Anstellung bzw. einem Praktikum befinden und drei Personen davon eine Ausbildung absolvieren. Zu den Kosten für die Tätigkeiten von Herrn Reimers teilt Herr Croner mit, dass sich dieses mit der Zeit amortisieren und die Mithilfe von Herrn Reimers sehr wertvoll sei. Eine komplette Betreuung in allen Belangen wäre durch die Bediensteten des Sozialamtes der Gemeinde Rosendahl nicht zu erbringen, ergänzt Herr Croner. Das Projekt laufe über vier Jahre. Herr Reimers sei mit dem Beschäftigungsumfang einer Viertelstelle für Rosendahl tätig. Der gemeindliche Eigenanteil belaufe sich auf jährlich rd. 3.800 €.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt möchte wissen, welches Geschlechterverhältnis es bei den Flüchtlingen bezüglich einer Beschäftigung gebe.

Herr Reimers teilt mit, dass nur männliche Personen sich in einem Arbeitsverhältnis bzw. einem Praktikum befinden. Lediglich zwei Frauen seien kurz vor einer Beschäftigung gewesen, deren Ehegatten hätten die Beschäftigung jedoch nicht unterstützt, weshalb keine Arbeitsverhältnisse zustande gekommen seien, so Herr Reimers.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die Zusammenarbeit mit Herrn Reimers und dem Fallmanagement der Gemeinde Rosendahl sehr wichtig sei. Zu dem Fallmanagement teilt er mit, dass dieses reformiert und effektiver gestaltet werden soll.

Bürgermeister Gottheil bedankt sich bei Herrn Reimers für seine Ausführungen und verabschiedet hin.

6 Projektbezogenes Förderprogramm der Gemeinde Rosendahl

Vorlage: IX/711

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/711 und gibt Erläuterungen.

Fraktionsvorsitzender Mensing möchte zu dem Antrag des Heimatvereins Osterwick auf Bezuschussung einer Zuwegung wissen, ob insoweit nicht auch Mittel aus dem LEADER-Projekt zu bekommen seien.

Bürgermeister Gottheil bestätigt die grundsätzliche Möglichkeit, weist aber darauf hin, dass es sich um ein komplexes Verfahren mit vergaberechtlichen Vorgaben handle. Zudem sei weder Gemeinde noch der Verein Eigentümer der in Rede stehenden Fläche. Da die Idee erst nach Einreichung des LEADER-Antrages für die Baumaßnahme im Dorfpark konkretisiert worden sei, habe man auch aus zeitlichen Gründen auf eine Modifizierung des Antrags verzichtet.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschluss**:

Den der Sitzungsvorlage IX/711 als Anlage beigefügten Anträgen (Anlage I -III) wird durch Übernahme von 1/3 der Kosten bzw. durch Gewährung des Höchstzuschusses von 1.000 € entsprochen. Eine Auszahlung des gewährten Zuschusses erfolgt nach Vorlage der entsprechenden Belege.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7 Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Jahr 2019
Vorlage: IX/702

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/702 und gibt Erläuterungen und geht anschließend auf die einzelnen Produkte ein.

Kämmerin Nürnberg berichtet mit der 2. Änderungsliste über die Änderungen der Produkte aus den Fachausschüssen heraus. Sie geht auf die Produkte ein und erläutert diese.

Anschließend lässt Bürgermeister Gottheil über die einzelnen geänderten Produkte abstimmen:

Gebäudemanagement

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Grundschulen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Sekundarschule

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Förderschulen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Kulturveranstaltungen und –förderungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Kinder-, Jugend- und Familienförderung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Sportanlagen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Öffentlicher Personalnahverkehr

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Wasserversorgung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Leistungen nach dem SBG II

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Friedhöfe

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bauhof

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Abwasserbeseitigung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Öffentliche Grünanlagen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Fraktionsvorsitzender Weber teilt mit, dass mit einem Mehrheitsbeschluss in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses beim Produkt 61 eine Umbenennung in Klima- und Umweltschutz vorgenommen worden sei und sein Antrag auf Einstellung von Mitteln in Höhe von 50.000 € zur Erstellung eines Umweltberichtes abgelehnt worden sei. Er bleibe dabei, dass die Gemeinde Rosendahl mehr für die Umwelt und den Schutz machen müsse, da bedenkliche Umstände vorhanden seien. Entsprechend sei es unerlässlich, Analysen vornehmen zu lassen, um entsprechende Maßnahme zu planen und umzusetzen, so Herr Weber. Daher stelle er für die B´90/Die Grünen-Fraktion erneut den Antrag auf Einstellung von Mitteln in Höhe von 50.000 € für die Erstellung eines Umweltberichtes in den gemeindlichen Haushalt.

Fraktionsvorsitzender Steindorf führt aus, dass über den Antrag der B´90/Die Grünen-Fraktion auf Einstellung von Mitteln in den gemeindlichen Haushalt ausführlich gesprochen worden sei. Er erklärt, dass die Fraktionen das Ansinnen der B´90/Die Grünen-Fraktion wohl verstanden hätten, da Umweltprobleme vorhanden seien. Die Einstellung von Mitteln in den gemeindlichen Haushalt sollte aber verschoben werden, bis weitere Informationen vorliegen.

Fraktionsvorsitzender Weber moniert, dass über die Jahre kein einziger Vorschlag für die Umwelt gemacht worden sei.

Anschließend lässt Bürgermeister Gottheil über den Antrag der B´90/Die-Grünen-Fraktion auf Einstellung von Mitteln in Höhe von 50.000 € für die Erstellung eines Umweltberichtes in den gemeindlichen Haushalt abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen

Der Antrag der B´90/Die-Grünen-Fraktion ist damit **abgelehnt**.

Stabsstelle

11 – Grundstücksmanagement

Bürgermeister Gottheil geht auf das Produkt „Grundstücksmanagement“ ein und gibt Erläuterungen.

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungen bei dem Produkt ein.

Fraktionsvorsitzender Mensing geht auf die Ergebnisse aus den Grundstücksgeschäften ein. Er möchte wissen, ob in den Verkaufserlösen die Kosten für Anschlüsse und Erschließung enthalten seien.

Kämmerin Nürnberg bestätigt, dass in den Verkaufserlösen die Kosten für die Erschließung etc. enthalten seien.

Stabsstellenleiter Kortüm ergänzt, dass die Vermessungskosten auf alle zu vermessenden Grundstücke, sowohl gemeindliche wie auch zu veräußernde Grundstücke, umzulegen seien.

Zu der Verfügbarkeit von zu veräußernden Grundstücken teilt Bürgermeister Gottheil mit, dass aktuell keine Wohnbaugrundstücke mehr zur Veräußerung stünden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

23 – Wirtschaftsförderung

Fraktionsvorsitzender Mensing geht auf das negative Ergebnis bei der Vermarktung ein. Er vertritt die Meinung, dass zur Abwendung eines negativen Ergebnisses die Grundstücke über das Produkt Wirtschaftsförderung abgebildet werden sollten.

Kämmerin Nürnberg teilt mit, dass entsprechende Umbuchungen zwar vorgenommen werden könnten, dies die Transparenz aber nicht verbessern würde. Auch sei eine Übertragung der Werte in das Produkt Wirtschaftsförderung nicht unbedingt möglich.

Stabsstellenleiter Kortüm ergänzt, dass durch die Wirtschaftsförderung vornehmlich Gewerbegrundstücke angeboten würden.

Bürgermeister Gottheil erläutert, dass das negative Vermarktungsergebnis durch weitere Aufwendungen wie z.B. für Straßen entstanden sei.

Fraktionsvorsitzender Weber macht deutlich, dass in der Vergangenheit durch die Gemeinde Rosendahl große Summen investiert worden seien. Er wünsche sich, dass diesbezüglich eine Transparenz für die Bürgerschaft vorgenommen werden solle.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Fachbereich I

01 – Politische Organe und Gremien

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

02 – Unterstützung der Verwaltungsführung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

04 – Personalrat

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

05 – Zentrale Dienste

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

06 – Öffentlichkeitsarbeit und Internet

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

08 – Personalmanagement

Bürgermeister Gottheil geht auf die Versorgungsaufwendungen für das Personal ein und ergänzt, dass die Aufwendungen ab dem 65. Lebensjahr allein durch die Gemeinde finanziert werden müssten.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

09 – IT – Informationstechnik und Kommunikation

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt geht auf die App zur Abfuhr der Mülltonnen des Kreises Coesfeld ein und möchte wissen, ob diese App nicht auch in der Gemeinde Rosendahl angewandt werden könne.

Bürgermeister Gottheil führt zu der App aus, dass diese lt. einer Berichterstattung in der Lokalpresse noch nicht optimal und ausgereift sei. Ob die Möglichkeit bestehe, diese App auch in der Gemeinde Rosendahl zu nutzen, müsse erfragt werden und eine Antwort könne über die Niederschrift erfolgen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Hinweis: Wegen zahlreicher Mängel erfolgte keine Installation der alten Abfall-App. Eine Behebung der Mängelursachen war nicht möglich, da der Anbieter der bisherigen Abfall-App – ähnlich wie bei der App für Rosendahl – seinen Dienst eingestellt habe.

Seit Anfang des Jahres bietet die WBC eine neue Abfall-App für den Kreis Coesfeld an. Natürlich besteht auch für Rosendahler Bürger die Möglichkeit, diese App zu nutzen. <https://www.wbc-coesfeld.de/service/abfallapp.html>.

Leider fällt die Bewertung mit lediglich 1,5 von max. 5 Sternen derzeit überwiegend negativ aus. Es scheint daher ratsam, mit der Installation ggf. noch zu warten, bis alle Fehler behoben sind.

24 – Tourismus

Fraktionsvorsitzender Mensing geht auf den Antrag der WIR-Fraktion ein, welcher der Niederschrift als **Anlage II** beiliegt. Es werde gewünscht, dass in jedem Ortsteil eine E-Ladestation vorhanden sein solle und diese an möglichst gut frequentierten Orten wie z.B. Generationenparks, Friedhöfen etc. installiert werden. Er wünsche sich eine Fremdfinanzierung z.B. über die Gelsenwasser AG oder einen anderen Sponsor. Für diesen könne die E-Ladestation gerne mit Werbung versehen werden, um einen Mehrwert für den Sponsor zu erreichen, so Herr Mensing.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt plädiert für die Installation von Mehrfach-E-Ladestationen, um hierdurch z.B. im Generationenpark mehreren Personen eine gleichzeitige Nutzung der E-Ladesäule zu ermöglichen.

Bürgermeister Gottheil stellt klar, sollte der Haupt- und Finanzausschuss einen Prüfungsauftrag zur Installation von E-Ladestationen beschließen, werde nach entsprechenden Angeboten geschaut.

Fraktionsvorsitzender Weber führt aus, dass die Elektromobilität ein generelles Thema sei und diese auch in Rosendahl umgesetzt werden müsse.

Ausschussmitglied Rahsing möchte wissen, wie die E-Ladestation auf dem Parkplatz am Rathaus frequentiert werde.

Stabsstellenleiter Kortüm teilt mit, dass die E-Ladestation am Rathaus kaum frequentiert werde und ergänzt, dass sich auch eine E-Ladestation an der Reitsporthalle in Darfeld befinde. Auch könne er sich vorstellen, dass E-Ladestationen an Sportstätten installiert werden könnten.

Zu der E-Ladestation am Rathaus führt Bürgermeister Gottheil aus, dass vorherige Überlegungen zu einem möglichst sinnvollen Standort vorgenommen worden seien und die Entscheidung zugunsten einer E-Ladestation am Rathaus getroffen worden sei, weil die Gemeinde hier auch Grundstückseigentümerin sei. Er ergänzt, dass der Gemeinde durch die Installation der E-Ladestation keine Kosten entstanden seien, diese seien von der GFC des Kreises Coesfeld übernommen worden. Zu dem gemeindlichen E-Auto führt Bürgermeister Gottheil aus, dass dieses noch nicht vor Ort sei, weil die Produktion den Bedarf nicht decken könne. Um bei Umweltthemen auf Stand und vertreten zu sein, werden durch die Mitarbeiterin des Fachbereiches II, Frau Stephanie Schlüter, verschiedenste Veranstaltungen zu Umweltthemen auf Kreisebene besucht.

Ausschussmitglied Schulze Baek möchte wissen, ob die E-Ladestationen auch mit einem Speicher versehen werden.

Stabsstellenleiter Kortüm verneint dies.

Fraktionsvorsitzender Mensing hält die Installation von E-Ladestationen an Sportstätten für sinnvoll.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass der Antrag der WIR-Fraktion als Prüfauftrag mitgenommen und bei Vorliegen neuer Erkenntnisse entsprechend berichtet und daher keine formale Beschlussfassung über den Antrag der WIR-Fraktion benötigt werde.

Fraktionsvorsitzender Kreuzfeldt weist darauf hin, dass die Standorte von E-Ladestationen im Gemeindegebiet auf der Homepage der Gemeinde Rosendahl bekannt gegeben werden sollen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

25 – Durchführung gesetzlich vorgeschriebener und übertragener Prüfungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

26 – Finanzplanung und Controlling

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

27 – Finanzbuchhaltung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

28 – Steuern, Abgaben und Entgelte

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

32 – Beteiligungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

33 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungsliste ein und erläutert diese.

Fraktionsvorsitzender Steindorf geht auf den Steuersenkungsantrag der CDU-Fraktion ein. Durch den Rat der Gemeinde Rosendahl seien im Jahr 2012 Steuererhöhungen beschlossen worden, verbunden mit der Aussage, dass, wenn es der Gemeinde nachhaltig besser gehe, Kürzungen und Streichungen zurückgenommen würden. Er bestätigt, dass durch vorgenommene Investitionen den Bürgern schon einiges zurückgegeben worden sei, aber hierdurch nicht jeder Bürger erreicht werde.

Er plädiert dafür, dass jeder Bürger etwas entlastet werde, auch um das Versprechen der Politik und der CDU-Fraktion nach möglichen finanziellen Entlastungen einzuhalten. Dies unterstreicht er mit dem Hinweis auf die aktuell gute finanzielle Situation der Gemeinde.

Fraktionsvorsitzender Kreutzfeldt führt aus, dass für ihn der Antrag der CDU-Fraktion zu einem ungünstigen Zeitpunkt komme, da die Steuerbescheide für 2019 schon versandt worden seien. Für die Erstellung und die erneute Versendung der Steuerbescheide aufgrund einer Änderung der Steuersätze müsse mit Mehrkosten in Höhe von 10.000 € gerechnet werden, so Herr Kreutzfeldt. Außerdem stehe auch noch in 2019 die Reformierung des Grundsteuergesetzes an, ergänzt er. Entsprechend solle seiner Meinung nach erst nach Vorliegen des neuen Gesetzes bzw. der Bemessungsgrundlagen neu beraten werden.

Fraktionsvorsitzender Weber bestreitet, dass durch die B'90/Die Grünen-Fraktion das Versprechen abgegeben worden sei, nach Möglichkeit Steuersenkungen vorzunehmen. Es sei gesagt worden, dass Rosendahl durch die Steuergelder weiter voran gebracht werden solle. Entsprechend könne der Argumentation der CDU-Fraktion nicht gefolgt werden und werde der Antrag abgelehnt.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilt mit, dass man sich die zu senkenden Rechnungspositionen angeschaut habe und es um Mindereinnahmen in Höhe von 126.000 € gehe. Es habe bisher keine weiteren Steuererhöhungen gegeben, so Herr Mensing, obwohl die Bedarfe weiter gestiegen seien. Es müsse bedacht werden, dass Steuersenkungen nicht unbedingt allen gemeindlichen Gewerbetreibenden auch tatsächlich und direkt zugutekommen, so Herr Mensing. Er könne sich einen größeren Nutzen für die Gewerbetreibenden vorstellen, wenn sie weiterhin durch die Gemeinde bei ihren Belangen unterstützt werden. Die WIR-Fraktion lehne aus diesen Gründen den Antrag der CDU-Fraktion auf Steuersenkung ab.

Ausschussmitglied Lembeck teilt mit, dass er den Ausführungen der Vorredner durchaus etwas abgewinnen könne. Aber es gebe keinen richtigen Zeitpunkt für Steuersenkungen, so Herr Lembeck. Auch könne nicht auf die Verabschiedung des neuen Grundsteuergesetzes gewartet werden. Man solle als gutes Beispiel vorgehen, um Synergieeffekte an anderen Stellen (Steuersenkungen z.B. bei der Kreisumlage) zu erreichen, so Herr Lembeck. Auch solle der Spitzenplatz bei den Steuersätzen verlassen werden, ergänzt Herr Lembeck. Es solle die Allgemeinheit und nicht jeder Einzelne gesehen werden und deshalb solle eine entsprechende Beschlussempfehlung für den Rat gefasst werden. Hierbei solle ein jeder selbst für sich eine Entscheidung treffen. Ihm sei wichtig, dass Signale an die Bürgerschaft gesendet werden.

Ausschussmitglied Schulze Baek hält den Zeitpunkt für Steuersenkungen für nicht so ausschlaggebend an. Seiner Meinung nach hätte ein Antrag auf Steuersenkungen auch schon letztes Jahr gestellt werden können. Schlussendlich werde der Rat der Gemeinde Rosendahl im Rahmen der Verabschiedung des gemeindlichen Haushaltes am 21. Februar 2019 über Steuersenkungen entscheiden. Aufgrund der guten Liquidität der Gemeinde spreche er sich für Steuersenkungen aus.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass ihm seit seinem Amtsantritt noch keine Beschwerde über die Steuern und deren Höhe bekannt geworden seien. Wohl werde er aber immer wieder auf verschiedenste Schadensbilder, wie z.B. bei Straßen und Wegen oder der Schullandschaft angesprochen, verbunden mit der Bitte um Abhilfe. Auch werde eine größere Unterstützung bei Vereinstätigkeiten gewünscht, so Bürgermeister Gottheil. Er wolle den Bürgern durch Leistungen etwas zurückgeben und anstehende Sanierungsmaßnahmen in den verschiedensten Bereichen angehen. Der Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpa NRW) habe bestätigt, dass

das Engagement der Gemeinde vorbildlich sei und auch öffentlich den Bürgern gegenüber deutlich gemacht werden solle.

Aufgrund der vielfältig anstehenden Aufgaben halte er eine Steuersenkung für nicht sinnvoll, da die Steuereinnahmen für die Aufgabenerfüllung benötigt würden. Er gibt zu bedenken, dass andernfalls auch sichergestellt sein solle, dass die finanzielle Entlastung auch tatsächlich bei den Rosendahler Gewerbetreibenden ankomme. Außerdem, so Bürgermeister Gottheil, werde der Bürgerschaft durch die beschlossene Absenkung des kalkulatorischen Zinssatzes im Dezember 2018 und die Methode der Abschreibungsberechnung in der Gebührenkalkulation Vorteile eingeräumt. Durch die gpa NRW sei zum Akquirieren weiterer Einnahmen vorgeschlagen worden, den Abschreibungsmodus von den historischen Anschaffungs- und Herstellungswerten auf den Wiederbeschaffungszeitwert umzustellen. Diesem Vorschlag sei die Gemeinde Rosendahl bewusst nicht gefolgt, was im Kreis Coesfeld eine absolute Ausnahme sei. Er verdeutlicht, dass es nicht möglich sei, dass ein jeder von den Senkungen profitieren werde. Aufgrund der Mittelentwicklungen müsse geschaut werden, welche freiwilligen Leistungen – egal ob konsumtiv oder investiv - ggf. nicht mehr umgesetzt werden können, so Bürgermeister Gottheil. Wenn ein entsprechender Steuerbeschluss gefasst werde, dann müsse in § 2 der Haushaltssatzung eine Ergänzung über die Möglichkeit der Kreditaufnahme aufgenommen werden. Er bestätigt, dass Druck und neuerlicher Versand von Steuerbescheiden Mehrkosten von ca. 10.000 € verursachen werde, so Bürgermeister Gottheil. Aus diesen Gründen schlage er mit Nachdruck die Beibehaltung der Hebesätze vor.

Fraktionsvorsitzender Steindorf vertritt die Meinung, dass durch Steuersenkungen keine Maßnahme gefährdet werden dürfe, er diese Gefahr aber nicht sehe. Eine mögliche Steuersenkung solle als ein politisches Signal an die Bürgerschaft gesendet werden, so Herr Steindorf.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend lässt Bürgermeister Gottheil über den der Sitzungsvorlage als Anlage V beiliegenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

Der Antrag der CDU-Fraktion ist damit **abgelehnt**.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Fachbereich III

34 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

35 – Gewerbewesen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

39 – Wahlen, Abstimmungen und Statistiken

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

40 – Freiwillige Feuerwehr und Feuerschutz

Kämmerin Nürnberg geht auf die Änderungsliste ein und erläutert diese.

Fraktionsvorsitzender Weber möchte wissen, inwieweit sich der Ansatz für Feuerlöschteiche und Regenrückhaltebecken verändere.

Kämmerin Nürnberg sagt eine Antwort über die Niederschrift zu.

Antwort:

Die Kosten für Regenrückhaltebecken und Löschwasserteich wurden auf der Grundlage einer ersten Kostenschätzung für den Haushaltsplan 2016 mit zunächst 97.000 € angenommen. Im Zuge der Planung und Durchführung des Projekts ergaben sich hiervon abweichend allerdings deutlich höhere Anforderungen, die sich allesamt kostensteigernd auswirkten

Regenrückhaltebecken

Nach Feststellung der endgültigen Größe des RRB's sowie auch unter Berücksichtigung verschiedener Bestimmungen aus den wasserrechtlichen Erlaubnissen wurde die Maßnahme ausgeschrieben. Das Submissionsergebnis belief sich auf rd. 73.200 €. Der Bodenaushub sollte auf einen Wall in Darfeld und ortsnah auf eine Ackerfläche aufgebracht werden. Eine Aufbringung auf die Ackerfläche wurde seitens des Kreises Coesfeld untersagt, da sich diese Fläche in einem Landschaftsschutzgebiet befindet. Aufgrund der Eilbedürftigkeit, da die Bautätigkeit bereits begonnen hatte, wurde die Entsorgung des Bodens auf einer Bodendeponie durch den Bauunternehmer vorgenommen. Hierdurch entstanden Mehrkosten für die Bodenentsorgung in Höhe von rd. 75.000 €. Die Kosten der gesamten Maßnahme Regenrückhaltebecken werden sich somit auf rd. 150.000 € belaufen.

Löschwasserteich

Da der Grundwasserspiegel im Bereich des zu erstellenden Löschwasserteiches tatsächlich deutlich höher war, als dies aus vorhandenen Unterlagen des Kreises Coesfeld hervorging, mussten im Bereich des Löschwasserteiches ein Regenwasserklärungsschacht und ein zusätzlicher Drosselschacht gesetzt werden. Zudem wurde ein Regenwasserpumpwerk inklusive einer Druckrohrleitung für das Einblasen von Wasser aus dem Regenrückhaltebecken in den Löschwasserteich eingebaut, um eine Algenbildung zu verhindern. Den baulichen Maßnahmen lagen jeweils Forderungen des Kreises Coesfeld für die Erstellung des Löschwasserteiches zugrunde. Im Vergleich zum Haushaltsansatz 2018 (62.500 €) entstanden daneben auch noch höhere Kosten für die maschinen- und elektrotechnische Ausrüstung, so dass die Gesamtkosten für den Löschwasserteich bei ca. 100.000 € liegen.

Dementsprechend wurden über die Haushaltspläne 2017 bis 2019 sowie über Ratsentscheidungen zu überplanmäßigen Auszahlungen zusätzliche Mittel bereitgestellt. Nach Fertigstellung und erfolgter Endabrechnung werden die Gesamtauszahlungen bei etwa 250.000 € liegen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bürgermeister Gottheil geht auf den Stellenplan für das Jahr 2019 ein. Er teilt mit, dass ihm aus den Fraktionen vorgeschlagen worden sei, zwei Ausbildungsstellen für Verwaltungsfachangestellte auszuschreiben. Er plädiert dafür, dass es bei einer Ausbildungsstelle bleiben solle, um für die/den Auszubildende/n durch sachgerechte Betreuung eine qualitativ gute Ausbildung zu gewährleisten und auch, um damit einhergehend Verluste durch Abwerbungen zu vermeiden. Bei entsprechender Eignung und Bewährung in der Ausbildungszeit solle nach Bestehen der Prüfung regelmäßig eine Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis erfolgen, so Herr Gottheil.

Anschließend geht er auf die personellen Veränderungen in der Finanzbuchhaltung ein. Durch den Mutterschutz und die sich anschließende Elternzeit habe eine Kollegin die Aufgaben übernommen. Er vertritt die Meinung, dass hierdurch auch eine Angleichung der Vergütungsgruppe zugunsten der neuen Stellenplatzinhaberin erfolgen solle. Die vorhandene E5-Stelle solle daher in eine E6-Stelle umgewandelt werden.

Im Sozialamt sei weiterhin eine Stelle vakant, so Herr Gottheil. Eine erneute hausinterne Ausschreibung der vakanten Stelle im Jobcenter solle erfolgen, da die letztmalige Ausschreibung der Stelle keinen Erfolg gebracht hatte. In diesem Zusammenhang solle eine Neuausrichtung der Aufgabenbereiche im Sozialamt vorgenommen werden, so Bürgermeister Gottheil. Bisher werde durch die Bediensteten sowohl die Leistungsgewährung als auch das Fallmanagement/Hilfegewährung bearbeitet. Es sei angedacht, dass zukünftig durch zwei Personen die Leistungsgewährung und durch eine Person das Fallmanagement/Hilfegewährung bearbeitet werde. Dies sei auch in anderen Kommunen gängige Praxis, so Bürgermeister Gottheil. Sein Wunsch sei es, dass eine E9b-Stelle in eine E9c-Stelle geändert werden solle. Damit solle es künftig im Sozialamt jeweils zwei E9b-Stellen (Hilfegewährung) und eine E9c-Stelle (Fallmanagement) geben.

Fraktionsvorsitzender Steindorf äußert, dass heute nur eine Beschlussempfehlung für den Rat getroffen werde. Die vorgeschlagenen Maßnahmen von Bürgermeister Gottheil fänden seine Zustimmung, so Herr Steindorf. Er ergänzt, dass aufgrund des akuten Fachkräftemangels der finanzielle Aspekt immer häufiger ausschlaggebend bei künftigen Einstellungen sei. Er vertritt aber die Meinung, dass die Zahl der Ausbildungsplätze, trotz einer möglichen Gefahr durch eine Abwerbung, vielleicht doch deutlich erhöht werden solle.

Auch Fraktionsvorsitzender Mensing vertritt die Meinung, dass auch angesichts der Fortschreibung des Gleichstellungsplanes und der daraus ersichtlichen zukünftigen Reduzierung des gemeindlichen Personalbestandes die Ausbildungsplätze erhöht werden sollten. Er halte die Anbietetung nur eines Ausbildungsplatzes für zu wenig.

Bürgermeister Gottheil bleibt bei seiner Meinung, dass ein Ausbildungsplatz ausreichend sei, damit dem Auszubildenden auch eine ausreichende Betreuung durch die Kollegen gewährleistet werden könne und auch, weil es selbst bei einer Azubi-Stelle pro Jahr nicht einfach sei, eine für die Belange der Gemeindeverwaltung geeignete Person zu finden. Auch sollten entsprechend freie Planstellen vorhanden sein, wenn ein Auszubildender die Abschlussprüfung erfolgreich abgelegt habe. Bei einer personellen Nachbesetzung im Sozialamt könnten Veränderungen innerhalb des Hauses entstehen, so Herr Gottheil. Er teilt mit, dass in der heutigen Sitzung eine Beschlussempfehlung für den Rat gefasst werden könne, er aber auch Verständnis habe, wenn die Fraktionen über die Änderungen noch beraten wollen.

Fraktionsvorsitzender Weber will dem Stellenplan inklusive der heute mündlich vortragenen Ergänzungen zustimmen, da der finanzielle Aspekt ausschlaggebend sei. Er vertritt die Meinung, dass die Mittel benötigt werden, um entsprechende Personen für die Verwaltung zu bekommen.

Ausschussmitglied Schulze Baek teilt mit, dass er die Verantwortung über die benötigten Planstellen an den Bürgermeister übertrage, da dieser am besten die Situation einschätzen könne.

Fraktionsvorsitzender Mensing stimmt der Aussage von Herrn Schulze Baek zu. Die Stellen in Sozialamt sollten wie beschrieben neu ausgerichtet und sortiert werden.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass durch das Sozialamt der Gemeinde 130 Bedarfsgemeinschaften betreut werden. Dazu kommen noch weitere Einzelpersonen. Entsprechend sollen die Stellen im Sozialamt neu ausgerichtet werden.

Fachbereichsleiter Croner ergänzt, dass zu den Bedarfsgemeinschaften zumeist mehrere bedürftige Personen gehören, die unterschiedliche Ausgangssituationen aufweisen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

1. Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2019 mit ihren weiteren Bestandteilen und Anlagen wird unter Berücksichtigung der sich im Beratungsgang ergebenden Anpassungserfordernisse und Änderungsbeschlüsse, die in einer Änderungsliste Nr. 2 zusammengefasst sind, beschlossen. Die Änderungsliste Nr. 2 wird der Niederschrift als **Anlage III** beigefügt.

Abstimmungsergebnis: keine formale Abstimmung erfolgt

2. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 wird beschlossen, mit der Maßgabe, dass anstelle einer E 5-Stelle eine E 6-Stelle und anstelle einer E 9b-Stelle eine E 9c-Stelle ausgewiesen werden. Dies abweichend vom Stellenplanentwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8 **Mitteilungen**

Mitteilungsbedarf liegt nicht vor.

9 **Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)**

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

Gottheil
Bürgermeister

Marco Heitz
Schriftführer